

# Volksabstimmung über den EU-Vertrag!

Internetforum mit  
Helga Zepp-LaRouche:  
22.09.2009, 18 Uhr  
[www.bueso.de](http://www.bueso.de)

Von Helga Zepp-LaRouche,  
Kanzlerkandidatin der BüSo

Nächstes Internetforum  
mit Lyndon LaRouche:  
08.09.2009, 19 Uhr  
[www.bueso.de](http://www.bueso.de)

Die Reaktion von verschiedenen Seiten auf das Urteil des Karlsruher Bundesverfassungsgerichtes zum Lissaboner Vertrag und zum Begleitgesetz demonstriert, daß die Gegner der Souveränität Deutschlands und des Grundgesetzes offenbar nicht aufzuhören gedenken, beides auszuhebeln. Darauf kann es eigentlich nur eine Antwort geben: über den Lissaboner Vertrag muß es eine Volksabstimmung geben.

Das Karlsruher Urteil vom 30. Juni, in dem das Bundesverfassungsgericht zwar einerseits erklärt hat, der Vertrag von Lissabon sei mit dem Grundgesetz vereinbar, aber nur in der Auslegung des Urteils von Karlsruhe, war eine wichtige Bestätigung des Prinzips der Souveränität der europäischen Staaten - auch wenn diese in Deutschland in der Realität natürlich nicht existiert - und eine definitive Zurückweisung der Idee der EU als Bundesstaat. Mindestens genauso wichtig war die schallende Ohrfeige, die Karlsruhe dem Bundestag und dem Bundesrat verpaßte, die bei der Abstimmung zum Begleitgesetz, anstatt die Rechte der beiden Gremien auszuweiten und zu stärken, diese in Bausch und Bogen an Brüssel übertragen hatten. Karlsruhe bezeichnete dies als verfassungswidrig, und verordnete eine Neuformulierung des Begleitgesetzes in Übereinstimmung mit der 150 Seiten umfassenden Rechtsauslegung des Karlsruher Urteils.

Das höchste Gericht in Deutschland hat einen mit 515 Stimmen abgegebenen Beschluß des Bundestags, in der es nach Artikel 38 des Grundgesetzes um die ureigenste Aufgabe der Abgeordneten als Vertreter des Volkes geht, als Verfassungsbruch bewertet. Dieser Verfassungsbruch ist ungeheuerlich. Gab es darüber eine Debatte oder auch nur einen einzigen tiefgehenden Kommentar in den Medien - von unseren einmal abgesehen? Nein, es gab sie nicht. Sagt das etwas aus über den Zustand der Demokratie in Deutschland? Eine ganze Menge. Keiner dieser 515 Abgeordneten ist nach dieser Abstimmung mehr wählbar für jeden, dem Freiheit und Demokratie etwas bedeuten.

Weil die Regierung die ganze Sache vor der Bundestagswahl durchziehen will, um damit vor dem erneuten Referendum in Irland am 3. Oktober Fakten zu schaffen, wurden die Abgeordneten zu einer Sondersitzung mitten in der Sommerpause am 26. August einberufen. Die SPD widersetzte sich dem Versuch der CSU, das Karlsruher Urteil, daß der EU-Vertrag in Deutschland nur in der Auslegung des Karlsruher Urteils gelte, noch einmal ausdrücklich als Resolution dem Begleitgesetz anzufügen. Der parlamentarische Geschäftsführer Oppermann freute sich über die Demontage Seehofers vom „bayrischen Löwen zum europäischen Bettvorleger“. Was die SPD damit lediglich

bekundet, ist ihre Transformation von einer Arbeitnehmerpartei zu einer Partei, deren Konzept vom Staat *Leviathan* heißt.

Die EU des Lissaboner Vertrages vertritt nach wie vor die Politik des Freihandels und der Globalisierung, die für die Systemkrise verantwortlich ist. So verdient sich Gauweiler auch mit seiner Verfassungsklage gemacht hat, so absurd ist jetzt sein Versuch, sich an der Legendenbildung der CDU/CSU zu beteiligen, wenn er die Politik von Bundeskanzlerin Merkel, den Giftmüll der Banken mit dreistelligen Milliardenbeträgen an Steuergeldern zu finanzieren, mit dem mutigen Handeln Helmut Schmidts in Mogadischu vergleicht. Die Illusion, daß Frau Merkel ihre Sache gut gemacht hätte und die Krise nun ausgestanden sei, wird von äußerst kurzer Lebensdauer sein.

Wenn die nächste Regierung versuchen sollte, auf die für den Herbst zu erwartende Massenarbeitslosigkeit und Firmenpleiten mit massiver Sparpolitik zu reagieren, dann droht der soziale Frieden in Deutschland genau so verloren zu gehen, wie dies derzeit schon in den USA der Fall ist. Dort manifestiert sich gegenwärtig ein Protest, der nur mit dem Aufstand der DDR-Bevölkerung vom Herbst 1989 zu vergleichen ist. Damals wie heute trifft eine lang aufgestaute Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Politik der Regierung zusammen mit dem Staatsbankrott. Im Fall der DDR war es das anscheinend so sekundäre Thema der Reisefreiheit, daß die Bevölkerung zu einem Zeitpunkt auf die Strassen brachte, als die DDR-Wirtschaft bankrott war.

In den USA ist es die Wut der Bevölkerung über insgesamt 25 Billionen \$ an Steuergeldern für die maroden Banken; Kosten, die jetzt in der Form von Einsparungen von 30% beim Gesundheitswesen auf die Bevölkerung abgewälzt werden sollen. 48 von 50 Bundesstaaten in den USA sind insolvent, die reale Arbeitslosigkeit liegt bei 30%, von denen aber ein hoher Prozentsatz wegen dieser Insolvenz kein Arbeitslosengeld bekommt. Alleine für dieses Jahr wird erwartet, daß weitere zweieinhalb Millionen Familien ihre Häuser verlieren. Die Sozialausgaben wurden radikal zusammengestrichen, und zwar für Menschen, deren Leben von diesen Zahlungen abhängt.

Die Obama-Administration und der Kongreß haben in den Augen der Bevölkerung das Mandat des Himmels verloren. Namen wie Larry Summers, Timothy Geithner und Ben Bernanke, den Obama soeben als Chef der Fed wiederernannt hat, stehen für die Kontinuität zur Politik der Bush-Administration. Gegen diese Politik ist die Bevölkerung nun in Hunderten von Bürgerversammlungen mit jeweils bis zu 3000 Teilnehmern aufgestanden und demonstriert: „Wir sind das Volk“.

Bundesgeschäftsstelle: 06131-237384 Berlin: 030-8023405  
Baden-Württemberg: 0711-6773726 NRW: 0201-3619753  
Niedersachsen: 0176-63291447 Bayern: 089-7254011  
Hamburg: 040-18200658 Sachsen: 0351-4278140

[www.bueso.de](http://www.bueso.de)



**BüSo**  
Bürgerrechtsbewegung  
Solidarität

# Nein zur EU-Diktatur!

Broschüre vom April 2008



Aus dem Inhalt:

Seit Anfang 2008 mobilisiert die BüSo für eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag. Wir haben seither tausende Unterstützungsunterschriften dafür gesammelt und uns an europaweiten, parteiübergreifenden Demonstrationen beteiligt, sowie auch selbst welche veranstaltet. Die Mobilisierung geht weiter auch nach der Bundstagswahl: Es ist Zeit, daß sich alle Gruppen, die sich für eine Volksabstimmung und ein demokratisches Europa einsetzen, in diesem Kampf zusammenschließen und so ihre Kräfte bündeln. Solange wir uns selber teilen, solange werden andere über uns herrschen!  
„Verbunden sind auch die Schwachen mächtig“ Friedrich Schiller

Dieser Aufstand in der amerikanischen Bevölkerung ist gegenwärtig der wichtigste Faktor in der Weltpolitik. Wenn es dieser Protestbewegung gelingt, die Vertreter der Wall Street und die Gesundheitsökonomien wie Ezekiel Emanuel und Peter Orzag aus der Administration zu vertreiben, und statt dessen die Politik von Lyndon LaRouche in der Tradition von Franklin D. Roosevelt auf die Tagesordnung zu setzen, dann kann auch auf internationaler Ebene eine neue Finanzarchitektur errichtet werden. Wer andererseits hier bei uns denkt, Europa bliebe bei einem Staatsbankrott der USA und einem Kollaps des Dollars ungeschoren, sieht vor lauter anti-amerikanischer Ideologie die Realität nicht.

Daß von Europa solange keine Initiative zur Überwindung der Systemkrise (die inzwischen auch Lothar de Maziere erkannt hat) zu erwarten ist, solange die europäischen Staaten in der Brüsseler Diktatur verbleiben, dürfte offensichtlich sein. Wie sehr dieser Diktatur das Karlsruher Urteil ein Dorn im Auge ist, wird nicht zuletzt durch eine von 30 Juristen unterzeichnete Denkschrift deutlich, in der gefordert wird, die Kompetenzen des Bundesverfassungsgerichts einzuschränken. Weil sich Karlsruhe die letztendliche Kompetenz in Fragen der EU-Politik in Deutschland vorbehalten habe, sei ein Justizkonflikt mit dem Europäischen Gerichtshof EuGH vorprogrammiert. Falls Karlsruhe EU-Regelungen als grundgesetzwidrig erkenne, drohten einschneidende Finanzsanktionen seitens der EU.

## NEIN zur EU-Diktatur!

Wir fordern eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag!

Nachdem die EU-Verfassung im Jahre 2005 durch die Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde, wird jetzt versucht, den zu 95% gleichen Vertrag von Lissabon durchzusetzen. Wir haben den EU-Vertrag/ die Verfassung als unannehmbar angesehen. Wir sind der Meinung, daß dieser Vertrag durchkommen würde. Überall in Europa bilden sich Bewegungen, die Volksabstimmungen fordern und die Menschen vor den Konsequenzen dieses Vertrages warnen. Hier ein paar der wesentlichen Punkte:

- **Unleserlicher Vertrag.** Der Vertragstext besteht nur aus Änderungen und Kommentaren des Verfassungsvertrages von 2005. Kein Abgeordneter hat sich die Mühe gegeben, diese in den eigentlichen Vertrag einzufügen und diesen zu lesen.
- **EU-Präsident.** Dieser soll in einem völlig undemokratischen Verfahren berufen werden und weitreichende Kompetenzen erhalten.
- **EU-Recht bricht nationales Recht.** Die nationalen Parlamente werden zu reinen Umsetzungsinstanzen von EU-Recht. Das deutsche Grundgesetz wird damit außer Kraft gesetzt, und Deutschland verliert seine existentielle Staatlichkeit.
- **Militarisierung Europas.** Es soll eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- u. Verteidigungspolitik geben; EU und NATO werden praktisch miteinander verschmolzen. Die EU kann eine eigene Armee aufbauen und Kriege erklären, an denen sich jedes EU-Mitglied beteiligen muß. Die Solidaritätsklausel verpflichtet zum gegenseitigen Beistand bei „terroristischen Aktivitäten“ oder „Frieden schaffenden Maßnahmen“ unter Einsatz von Waffengewalt.
- **Totaler Neoliberalismus.** Die EU übernimmt neben der Währungspolitik die vollständige Hoheit über die Zoll- und Handelspolitik sowie die Wettbewerbsregeln des Binnenmarktes (Artikel 3 AEUV). Unter Stichwörtern wie Kapital- und Warenverkehrsfreiheit und Herkunftslandprinzip wird Deutschland einem schonungslosen Lohndumping ausgesetzt.
- **Ende der Demokratie** durch vereinfachtes Änderungsverfahren. Artikel 48 Abs. 6 EUV ermöglicht es fortan dem EU-Rat, „die Änderung aller oder eines Teiles des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ zu beschließen. Dabei müssen die nationalen Parlamente oder das Europäische Parlament nicht zustimmen. Die Gewaltenteilung ist aufgehoben und damit ein wesentliches Grundprinzip der Demokratie! Damit wäre jede Stimme, die deutsche Bürger bei Wahlen abgeben, völlig entwertet.
- **Wiedereinführung der Todesstrafe.** Im Falle von Aufständen, im Krieg oder bei Kriegsgefahr können persönliche Freiheitsrechte eingeschränkt und die Todesstrafe wieder eingeführt werden.

### Zitate von Insidern und Experten:

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, dann ist alles in Ordnung.“

Auf die Idee, daß die Bundesregierung grundgesetzwidrige Beschlüsse im Europäischen Rat erst gar nicht zuläßt, kommen diese Juristen nicht, zu denen bezeichnenderweise auch die Professoren Ingolf Pernice und Franz Mayer gehören, die den Lissaboner Vertrag als Beauftragte der Bundesregierung in Karlsruhe verteidigten. Daß diese Professoren ohne Auftrag ihrer Brötchengeber handeln, ist sehr zu bezweifeln. Das ist also die Antwort auf das zumindest teilweise sehr gute und wichtige Urteil des Bundesverfassungsgerichtes!

Wenn man dann noch die Tatsache bedenkt, daß Tony Blair sich soeben in Italien bei einer Konferenz von Comunione e Liberazione als der christliche Politiker und kommende erste EU-Präsident zu inszenieren versuchte (und nicht etwa als derjenige, der die Lügen erfunden hat, die zum Irakkrieg führten), dann dürfte klar sein, daß wir mit dieser EU-Politik wirklich in Gefahr sind.

Das Verhalten des größeren Teils des Bundestages und der Regierung lassen nur einen Schluß zu: Wir brauchen dringend eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag. Im übrigen werden die kommenden Ereignisse deutlich machen, daß Deutschland von seinem völkerrechtlich gegebenen Recht Gebrauch machen muß, aus allen EU-Verträgen auszutreten, weil es mit dem fundamentalen Selbstinteresse unseres Staates nicht übereinstimmt, bei der neoliberalen Politik zu bleiben.

### Seien Sie dabei, unterstützen Sie die Aktivitäten der BüSo!

Senden Sie diesen Coupon an die Bürgerrechtsbewegung Solidarität - Postfach 22 11 28 - 55050 Mainz

- Ja, ich will Mitglied der BüSo werden. Bitte schicken Sie mir Unterlagen.
- Ja, ich will die Arbeit der BüSo durch Spenden unterstützen:  
Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postbank Ludwigshafen, BLZ: 545 100 67, Kto.Nr.: 166 027 676
- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung **Neue Solidarität** vier Wochen lang kostenlos zum Kennenlernen.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_ PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_ E-mail: \_\_\_\_\_